



Ortsverband Ost-West
Kreis Dortmund



Der (Sozial-)Staat als Beute und Waffe: Gesellschaftspolitik der Großen Koalition

**Prof. (Gast) Albrecht Goeschel
Staatliche Universität Rostov
Accademia ed Istituto per la Ricerca Sociale Verona
mail@prof-goeschel.com**

**Vortrag beim Neujahresempfang 2014
SoVD – Ortsverband Ost-West
Kreisverband Dortmund
Brilon – Haus am Kurpark
19. Januar 2014**

1. Demokratie der Besserverdiener:

Mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages dieser neuen Bundesregierung ist eine andere Republik eröffnet worden, als der vormalige demokratische, soziale und föderale Rechtsstaat Deutschland es war.

Wir leben nun mit einem Parlament und in einem Regime, in dem die Besserverdienenden und ihre Abgeordneten bestimmen.

17 Millionen Bürger, bevorzugt Einkommensschwache, Arbeitslose und Ausgegrenzte haben nicht mehr gewählt und haben keine Stimme mehr.

Die Armutsregionen und die Problemquartiere in Deutschland sind in diesem Parlament kaum mehr vertreten.

Zu Recht sprechen die Wahlforscher von einer Demokratie der Besserverdienenden und von einem Parlament ohne Opposition.

Das ist Angela Merkels „Marktkonforme Demokratie“ – zum Wählen gehen nur noch die Kaufkraftstarken und gewählt werden vor allem die Kandidatinnen und Kandidaten aus den besseren Vierteln.

2. Sozialstaat gegen die Gesellschaft:

Das, ist aber nur die Oberfläche einer viel tiefergehenden Veränderung, ist nur der Endpunkt einer viel längeren Vorgeschichte.

Was wir jetzt erleben, ist die endgültige Etablierung der Politik schon der Großen Koalition von 2005 bis 2009 und davor.

Wir erleben jetzt die endgültige Etablierung einer Politik der Umwandlung des Sozialstaates in ein Instrument gegen die Gesellschaft, gegen die Arbeitnehmer, gegen die Ruheständler, gegen die Erwerbslosen, gegen die Alleinerziehenden, gegen die in Ausbildung etc.

Wenn wir uns ansehen, was mit dem Süden Europas angerichtet wird, wie dort überfallartig mit Rentenverschlechterungen und mit Mehrwertsteuererhöhungen die „Wettbewerbsfähigkeit“ erhöht wird, d.h. die Reallöhne gesenkt und die Profitraten erhöht werden, dann begreifen wir eigentlich erst, was bei uns über Jahre schleichend und schrittweise vonstatten gegangen ist.

3. Exportkolonie mit Schuldenbremse:

Passiert ist die Einrichtung einer „Exportkolonie“, aus der mit Dumpinglöhnen produzierte Hochqualitätsprodukte in den Europa- und Weltmarkt gepresst worden sind

und aus der die erwirtschafteten Profite dann als Kredite wieder in die Abnehmerländer transferiert worden sind.

Es war schon die vorherige Große Koalition, die die Verfassung geändert hat und die mit dem Einbau einer sogenannten „Schuldenbremse“ den Sozial- und Bundesstaat beseitigt hat und es ist die gegenwärtige Große Koalition, die die Vorbereitungen dafür trifft, diese Austeritätsstrategie nicht nur in Deutschland und Europa sondern zusammen mit US-Amerika sozusagen gegenüber dem Rest der Welt zu praktizieren.

4. Staatsfinanzierung aus den Soziallöhnen und der Privatisierung:

Wenn ein Staat nicht mehr die Möglichkeit hat, seine Leistungsfähigkeit und seinen Zusammenhalt durch Kredite immer wieder vorzufinanzieren und wenn ein Regime der Besserverdienenden und der Großvermögen es verhindert, dies durch Steuern zu finanzieren, dann bietet sich der Missbrauch der Soziallöhne, d.h. der Sozialbeiträge und der Sozialleistungen als Staatsfinanzierung geradezu an – der Exzess der „Versicherungsfremden Leistungen“ ist programmiert.

Und ein zweiter Weg bietet sich an: Die Privatisierung und Quasi-Privatisierung der Daseinsvorsorge, nicht nur der Krankenhäuser und der Pflegeheime, sondern auch der Autobahnen, der Energietrassen und der Wasserversorgung etc. mit einer Explosion der Gebühren.

5. Mütterrente und Ausländermaut: Steuerstopp und Gebührenparadies:

Die neue Große Koalition finanziert die Staats- und Steueraufgabe „Mütterrente“ aus einem Lohnfonds, d.h. aus der Rentenkasse und die neue Große Koalition inszeniert eine Gebührendiskussion um die „Ausländermaut“.

Die neue Große Koalition macht damit deutlich, was sie vorhat: Die Vermögen, Gewinne und Hocheinkommen vor angemessener Besteuerung weiter bewahren und ihnen noch zusätzliche Gebührenparadiese in der Autobahn- und Energieinfrastruktur eröffnen.

6. Politik der „Gegenfinanzierung“:

Es war die Vorläufer-Großkoalition, die mit den Konjunkturprogrammen zu Beginn der Finanz- und Realkrise den Sozialstaat zum Anhängsel der Finanz- und Exportindustrie gemacht hat.

Erinnern wir uns: 610 Milliarden Hilfen und Bürgschaften für die Finanzwirtschaft und 100 Milliarden Bürgschaften und Darlehen für die Exportportkonzerne einerseits, nur 2,4 Milliarden für Familien und Kinder und 1,6 Milliarden für Infrastrukturmaßnahmen andererseits.

Die Nachfolge-Koalition hat noch brutaler nachgelegt: Sie hat in ihrem Koalitionsvertrag Steuerentlastungen von rund 29 Milliarden Euro vereinbart, die sie dann mit Sozialkürzungen in Höhe von 20 Milliarden Euro via Haushaltsbegleitgesetz „gegenfinanziert“ hat.

Welch ein verräterischer Begriff: „Gegenfinanzierung“.

7. Permanenter Verfassungsbruch und sozialrechtliche Entwaffnung:

Das sind alles keine Notmaßnahmen oder Ausrutscher, das sind und waren langfristige Absichten und ausgenutzte Gelegenheiten.

Nicht nur der Verfassungstext wird geändert, auch die Verfassungswirklichkeit wird eine andere. Erinnern wir uns daran, wie die letzte Regierung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Regelsatzberechnung der Grundsicherung umgesprungen ist – einen Fetzen Papier hat sie daraus gemacht.

Niemanden in der Demokratie der Besserverdiener interessiert es mehr, dass in zwei Kernbereichen des Sozialstaats anhaltend die Verfassung gebrochen wird:

In zwei Verfassungsgutachten wird nachgewiesen, dass der Spar- und Wirtschaftlichkeitsterror gegen die Krankenhausversorgung angesichts der enormen Überschüsse der Kassenkonzerne und des Gesundheitsfonds gegen die Verfassung verstößt und dass das Vegetierenlassen der Pflegebedürftigen den Verfassungsgrundsätzen ins Gesicht schlägt.

Damit ganz klar wird, was das mit diesem Koalitionsvertrag endgültig etablierte Privilegiertenregime weiter im Sinn hat, muss man sich nur ansehen, wie abseits von allem Wahlkampf und Mitgliederbefragungstheater die Einkommensschwachen und Ausgegrenzten sozialrechtlich weiter entmündigt und entwaffnet werden.

Die sogenannte Bundesagentur für Arbeit hat unter dem Deckbegriff einer „Rechtsvereinfachung“ ein verschärftes Überwachungskonzept für SGB II – Empfänger ausgearbeitet. Gleichzeitig ist die Beratungs- und Prozesshilfe verschlechtert worden.

8. Nächste Enteignung der deutschen und europäischen Wertschöpfung:

In einigen Jahren werden zusätzlich zur Schuldenbremse der europäische Fiskalpakt greifen und der Länderfinanzausgleich sowie der Solidarpakt neu geregelt werden.

Der in einen Konfiskationsstaat umfunktionierte Sozialstaat und seine Besitzer nebst Bedienungsmannschaft werden diese Gelegenheiten unerbittlich nutzen, um sich noch mehr von der in Deutschland und in der Europäischen Union erarbeiteten Wertschöpfung anzueignen – die Einkommens- und Vermögensungleichheit wird dann mühelos US-amerikanisch-asiatische Dimensionen erreichen.

9. Transatlantischer Geheimkapitalismus:

Aber nicht einmal solange will das Regime warten: Derzeit laufen die Vorbereitungen für eine sogenannte Transatlantische Freihandelszone zwischen den USA und der EU.

Selbst die üblichen Bestell- und Jubelgutachten erwarten von diesem Abkommen, d.h. vom Wegfall der schon jetzt niedrigen Handelszölle keine sehr große Wachstumswirkung.

Viel interessanter daran ist die Etablierung einer Art „Geheimkapitalismus“. Nationale, europäische oder amerikanische Sozial-, Verbraucher- oder Umweltvorschriften, durch die sich die großen Investoren behindert fühlen, sollen nicht mehr nach nationalem oder europäischem Recht und vor ordentlichen Gerichten verhandelt werden.

Statt dessen soll dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit durch sogenannte „Schiedsgerichte“ passieren. Dort werden sich dann die berüchtigten internationalen Anwaltsfirmen tummeln.

10. Deutsche Spardiktate als Waffe im europäischen Konkurrenzkampf:

Dass schon jetzt die europäischen Sozialstaaten zu einer Waffe gegen ihre Bevölkerungen gemacht worden sind, haben die Parteien des Parlaments ohne Opposition noch bevor sie diese Große Koalition vertraglich geschlossen haben durch ihre Zustimmung zu den Europadiktaten der Regierung tatsächlich zu verantworten. Darum hat es auch die soziale Katastrophe im Süden Europas als Thema in diesem „Wahlkampf“ nicht gegeben.

Die Parteien der Besserverdiener sehen sich allesamt als Gewinner der Niederkonkurrierung der Nachbarvolkswirtschaften im Euro-Süden durch Spardiktate und als Gewinner der Schaffung einer Zuliefererperipherie und einer Qualifikationsreserve im Euro-Süden durch Sozialzerstörung.

Angeglichen, „wettbewerbsfähiger“ wurden die höheren Lohnniveaus im europäischen Süden an die besonders weit gespreizten und dadurch insgesamt Dumpinglöhne in Deutschland vor allem durch den Abbau der Alterslöhne, d.h. der Rentenleistungen und Rentenbeiträge einerseits und durch Mehrwertsteuererhöhungen andererseits.

11. Mindestlohn: Nullnummer durch Mütterrente

Und was ist nun mit dem erstrittenen „Mindestlohn“ des Koalitionsvertrages? Hier handelt es sich gesamtwirtschaftlich um eine Nullnummer: Was hier an mehr Lohn generiert wird, wird sogleich durch Missbrauch des Neben-Lohnes, d.h. der Rentenbeiträge für die sogenannte „Mütterrente“ wieder aufgebraucht: „Gegenfinanziert“ halt.

„Mütterrente“ und „Mindestlöhne“ dienen der Klimapflege im Regime der Besserverdienenden und nicht der Stärkung der „effektiven Nachfrage“ und damit der Lösung der Sozial und Krisenprobleme in Deutschland und Europa durch erhöhte deutsche Nachfrage im europäischen Markt.

